



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. Oktober 2012

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach einem sommerlichen Wochenende im Wahlkreis mit einem erfolgreichen Familienfest am Samstag auf dem Luisenplatz ist heute "Berliner Herbst" - alles grau in grau!

+++ Veranstaltungstipp+++

Wem gehört das Internet?

Datenschutz, Netzneutralität, Copyright

Am Freitag (26. Oktober) lade ich gemeinsam mit den Jusos zu einer Diskussionsrunde um 18.30 Uhr in Darmstadt ein:

„Wem gehört das Internet? Datenschutz, Netzneutralität und Copyright“. Dabei soll es neben ganz allgemeinen Fragen rund um das Internet auch um die gesellschafts-, kultur- und industriepolitische Bedeutung desselben gehen.

Als weiteren Diskussionsteilnehmer habe ich den netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, Lars Klingbeil, eingeladen. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Freitag, 26.10. um 18.30 Uhr, Hochschule Darmstadt, Haardtring 100, Gebäude C12, Raum 110.

Gute Nachrichten aber gibt es für die Musikschulen in Deutschland, bei uns z. B. für die Jugendmusikschule Erzhausen oder die „Peperoni Music School“ in Darmstadt. Die privaten Musikschulen mussten befürchten, künftig auf ihre Angebote 19 Prozent Mehrwertsteuer erheben zu müssen. Denn die Regierung hatte das in ihrem Entwurf für das Jahressteuergesetz 2013 so vorgesehen. Dann aber gab es vielfältige Proteste, u.a. auch in unserem Wahlkreis und eine große Anhörung hier in Berlin, bei der auch der "Hessische Landesverband für Privatmusikschulen" vertreten war. Der Protest hat sich gelohnt: Diese Woche wird das Jahressteuergesetz im Bundestag verabschiedet werden - ohne die Mehrwertsteuer für Musikschulen! Das finde ich gut, denn: Musikschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Begeisterung von Kindern und Jugendlichen für die Kultur. Gleichzeitig erfüllen sie einen wichtigen sozialen Auftrag - und sie sind ganz sicher keine Goldgruben!

Herzliche Grüße aus Berlin

Euse / Ihre Brigitte Zypries



+++ Regio +++

Gutscheinsystem in Darmstadt und im Landkreis

Der Verein „Der REGIO e.V.“ hat ein Gutscheinsystem entwickelt, das auch in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg angewendet wird. Dabei können die Konsumenten bei teilnehmenden Unternehmen neben dem Euro auch mit „REGIO“-Wertmarken bezahlen.

Mit dem Gutscheinsystem will der Verein den Euro ergänzen und vor allem die regionale Wirtschaft stärken.

Nach Informationen des Vereins nehmen bereits einzelne Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich, dem Einzelhandel und der Gesundheitsbranche am Gutscheinsystem teil. Um- und Rücktausch sind bei Veranstaltungen des Vereins möglich.

Weitere Infos zum Thema, zu den Geschäftspartnern sowie den Ausgabestellen des Zahlungsmittels gibt es unter www.hessen.der-regio.de.

Kranke entlasten – Praxisgebühr abschaffen – Hausärztinnen und Hausärzte stärken

Am Donnerstagvormittag behandelt der Bundestag einen Antrag der SPD-Fraktion zur Abschaffung der Praxisgebühr. Die Praxisgebühr wurde 2003 mit dem Ziel eingeführt, die Inanspruchnahme von Vertragsärzten besser zu strukturieren und die hausärztliche Versorgung zu stärken. Doch jetzt, 10 Jahre später, wissen wir: Das hat nicht funktioniert. In Deutschland liegen wir mit 17 Arztkontakten im Jahr pro Einwohner international nach wie vor an der Spitze. Darunter fallen viele Besuche bei Fach- und nicht bei Hausärzten. Damit blieb die beabsichtigte Strukturierung von Arztbesuchen und die Stärkung der hausärztlichen Versorgung aus. Zudem trat nach einer anfänglichen Verärgerung über die Praxisgebühr ein Gewöhnungseffekt bei den Bürgerinnen und Bürgern ein. **Insgesamt sind die beschriebenen Zielvorgaben also allesamt nicht erreicht worden!**

Vor diesem Hintergrund – und auch deshalb, weil die gesetzlichen Krankenkassen zur Zeit genügend Geld haben – wollen wir die Praxisgebühr ersatzlos streichen. **Die Gebühr hat ganz einfach ihre Existenzberechtigung verloren.** In unserem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken fordern wir daher die Aufhebung der Praxisgebühr.

Interessant ist: Auch die FDP spricht sich öffentlich für die Einstellung der Abgabe aus, verhindert aber seit Wochen eine Abstimmung im Bundestag! Viele Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion sind übrigens eigentlich auch für die Abschaffung der Praxisgebühr. Am Donnerstag wird die schwarz-gelbe Koalition Farbe bekennen müssen.

Wir möchten mit unserem Antrag außerdem die hausärztliche Versorgung stärken und dazu beitragen, dass der Beruf des Hausarztes wieder an Attraktivität gewinnt. In Deutschland nimmt die Zahl der Hausärzte, vor allem in ländlichen Regionen, jedes Jahr ab. Dies liegt auch an der oftmals schlechteren Bezahlung der Hausärzte im Vergleich zu Fachärzten. Dabei spielen die Allgemeinmediziner im Gesundheitssystem eine tragende Rolle: Durch vorbeugende Beratung und Behandlung können viele Krankheiten verhindert – und natürlich auch Kosten eingespart – werden. Vorbeugen ist besser als Heilen! Die präventive Medizin kann vor allem durch Hausärzte erfolgen, weil sie die Patienten über einen längeren Zeitraum betreuen und kennen.

Wir wollen, dass Hausärzte wieder gestärkt werden und die Wirtschaftlichkeit sowie die Qualität unseres Gesundheitssystems gesichert werden. Aber noch wichtiger: Die unwirksame Praxisgebühr gehört jetzt abgeschafft!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Carina Neuber (S. 2)
Roman Laas (S. 3)*

Steuerabkommen mit der Schweiz

Vor gut einem Jahr haben Deutschland und die Schweiz ein Steuerabkommen unterzeichnet. An diesem Donnerstag soll es in namentlicher Abstimmung im Bundestag verabschiedet werden. Mit dem Abkommen will die Bundesregierung erreichen, dass deutsches Schwarzgeld in der Schweiz rückwirkend besteuert wird. Das klingt soweit gut, möchte man meinen, schließlich entgehen dem deutschen Staat jedes Jahr riesige Beträge durch Steuerhinterziehung. Das „Schweizer Konto“ ist schon so sprichwörtlich geworden wie die „hohe Kante“ .

Ich werde am Donnerstag gemeinsam mit meiner Fraktion trotzdem gegen dieses Abkommen stimmen. Unsere Ablehnung kommt nicht plötzlich, wir kritisieren das Abkommen schon seit es bekannt geworden ist. Auch die Nachbesserungen aus dem letzten April und die Beratungen im Parlament haben leider nichts oder viel zu wenig an den gravierenden Schwachstellen des Abkommens geändert. Denn meiner **Meinung nach geht das Abkommen längst nicht weit genug.** Es ist unausgewogen, belohnt Steuerhinterziehung auch noch nachträglich und verschließt uns die Tür zu allen anderen Möglichkeiten:

Steuerstraftäter können sich auch künftig dem deutschen Finanzamt entziehen, denn sie können ihre Vermögenswerte in Anlageformen umwandeln, die nicht vom Abkommen erfasst werden. Sie können das Geld auch ganz einfach bis Ende des Jahres aus der Schweiz abziehen – dann passiert gar nichts. Wer trotzdem die Nachversteuerung wählt, profitiert von günstiger Pauschalversteuerung: **So wird Steuerhinterziehung auch noch nachträglich belohnt. Das Abkommen ist ein klarer Rückschlag für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von grenzüberschreitendem Steuerbetrug und Geldwäsche.**

Deutschland reduziert seine Steueransprüche und schränkt die Befugnisse unserer Finanz- und Justizbehörden ein, um die Banken in der Schweiz und deren Kunden vor Strafverfolgung zu schützen. **Es ist ganz einfach ungerecht, dass es so deutschen Steuerbetrügern leicht gemacht wird, ihre Steuern nicht zu zahlen.** Und die Schweizer Banken treiben Geschäfte damit, dass dieses Geld an den Steuerkassen vorbeigeschleust wird. Wir müssen Steuerbetrug überall effizient verfolgen. Schön ist das nicht, aber so lange es keine besseren Mittel gibt, gehört dazu auch der Ankauf von „Steuer-CDs“ aus der Schweiz oder anderen Steueroasen.